

PALÄSTINA WIDERSTAND REVOLUTION UND DER KAMPF FÜR FREIHEIT



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Die Geburtsstunde Israels ist Palästinas Nakba.....	4
Das Aufkommen des palästinensischen Widerstands.....	6
Oslo und danach: das neoliberale Palästina.....	8
Gaza: Hamas' Aufstieg zur Macht.....	12
Eine revolutionäre Sicht auf die Hamas.....	14
2021: Die »Einheitsintifada«.....	16
Israel: Innenansicht eines rassistischen Staats	16
Wachhund des Imperialismus.....	17
Revolution und Konterrevolution in der arabischen Welt.....	20
Der Erfolg von BDS und die zionistische Reaktion.....	23
Antisemitismus, Antizionismus und die Linke.....	25
Wie können die Palästinenser und Palästinenserinnen ihr Ziel erreichen?	26
Die deutsche Staatsräson.....	29
Ist Solidarität in Deutschland möglich?.....	29
From the River to the Sea	30
Literatur.....	31

2. Auflage, 2023.

Diese Broschüre ist eine überarbeitete und aktualisierte Version einer von Anne Alexander, Tom Hickey, Phil Marfleet and John Rose erstmals im Jahr 2014 herausgebrachten Broschüre. (<https://socialistworker.co.uk/wp-content/uploads/2021/11/palestine-pamphlet-for-web.pdf>)

Sie ist dem libanesischen Revolutionär Bassem Chit gewidmet (1979-2014).

Die vorliegende Fassung von 2023 wurde von Anne Alexander aktualisiert.

Deutsche Übersetzung und Layout von David Paenson, Lektorat Angelo Kumnenis.

Die drei Abschnitte über Deutschland am Ende wurden von Angelo Kumnenis und David Paenson verfasst



Protest gegen die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem

Vorwort

Es ist mehr als siebzig Jahre her, da begannen zionistische Milizen mit dem Prozess der ethnischen Säuberung, an deren Ende über 750.000 Palästinenser und Palästinenserinnen aus ihren Häusern vertrieben und somit der Weg für den Aufbau des israelischen Staats freigeschaufelt wurde.

Und wie es das palästinensische Nationalkomitee der Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen-Kampagne (BDS) in einem Statement anlässlich des israelischen Unabhängigkeitstags im Jahr 2018 festhielt, ist die Katastrophe (Nakba auf arabisch) ein fort-dauernder Prozess.

Die Nakba ist kein Verbrechen in der Vergangenheit, sie geht weiter. Nach 70 Jahren zerstört Israel weiterhin palästinensische Häuser, raubt unser Land, um darauf illegale Siedlungen ausschließlich für israelische Juden zu errichten, ver-

treibt Palästinenser und Palästinenserinnen aus Jerusalem, indem es ihnen ihre Aufenthaltsgenehmigungen annulliert, und vervebt palästinensischen Flüchtlingen, unter ihnen vielen unserer Mitglieder, das international verbriezte Recht auf Rückkehr in ihre Heimat.

Und trotzdem leisten Palästinenser und Palästinenserinnen weiterhin Widerstand gegen diesen Raubzug. Immer wieder haben sie mit Massenmobilisierungen ihre Unterdrücker herausgefordert.

Die vorliegende Broschüre enthüllt die Geschichte, die der israelische Staat und seine Verbündeten unter den westlichen Regierungen am liebsten die Welt vergessen lassen möchten. Es beschränkt sich nicht auf die Schlagzeilen von heute, sondern wendet sich der Frage zu, wie die Palästinenser und Palästinenserinnen ein für allemal Gerechtigkeit und ein Ende der Besatzung erzielen können.



Britischer Außenminister Balfour in Jerusalem 1925

Die Geburtsstunde Israels ist Palästinas Nakba

In seiner akribisch recherchierten Geschichte der palästinensischen *Nakba* (Katastrophe) weist der israelische Historiker Ilan Pappé überzeugend nach, dass die Schaffung des israelischen Staats im Jahr 1948 einem vorbestimmten Plan ethnischer Säuberung folgte. Etwa 850.000 Palästinenser und Palästinenserinnen wurden aus ihrem Zuhause vertrieben, die Hälfte ihrer Dörfer und Städte wurde »ausgeradiert, von ihnen blieben nur noch Schutt und Steine übrig«. (Ilan Pappé, *The Ethnic Cleansing of Palestine*, Oxford, OneWorld, 2006, S. 9)

Dieses schockierende Verbrechen wurde von Menschen begangen, deren Bewegung der Zionismus, zuerst als Antwort auf Rassismus und Antisemitismus in Europa und im Schatten des Holocaust Form annahm.

Antizionismus ist nicht Antisemitismus

Der Zionismus behauptet, Antizionismus sei nichts anderes als Antisemitismus in moderner Verkleidung. Dieses Argument übergeht die historischen Tatsachen.

Antisemitismus ist Hass gegen Juden, weil sie Juden sind – ganz unabhängig von ihrer politischen oder gesellschaftlichen Stellung.

Antizionismus ist die politische Ablehnung eines konfessionell (ob religiös oder ethnisch begründet) exklusiven Staats und der Politik Israels.

Bis zum Versuch der Nazis, die europäischen Juden auszulöschen, und der Weigerung westlicher Staaten nach Kriegsende, die Überlebenden der Vernichtungslager aufzunehmen, war die große Mehrheit jüdischer Menschen keine Zionisten.

Es gibt daher keinen zwingenden Zusammenhang zwischen jüdischen religiösen Glaubenssätzen oder kulturellen Traditionen und einer Identifikation mit Israel.

Heute sind einige der prominentesten Gegner Israels und seiner Politik jüdisch.



Aus ihrer Heimat vertriebene Palästinenser:innen

Die Tragödie des Zionismus wurzelt in der Entscheidung seiner Anführer, als Pioniere des europäischen Kolonialismus statt als Vorkämpfer für die Unterdrückten zu agieren.

Unter all den Beziehungen, die die zionistischen Führer mit europäischen Staaten knüpften, erwies sich jene mit Großbritannien als die wichtigste.

In der Balfour-Erklärung von 1917 sprach sich die britische Regierung für die »Etablierung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk« in Palästina aus.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde Großbritanniens militärische Besetzung Palästinas in ein »Mandat« über das Land umgewandelt.

Ronald Storrs, der britische Militärgouverneur in Jerusalem nach 1917, fasste die Sicht der britischen Beamten auf die zionistische Bewegung zusammen.

Er beschrieb die jüdische Kolonie als die Schaffung eines ergebenen »jüdischen Ulsters« in einer feindlichen Region. Solche Siedlerkolonien waren ein Merkmal des europäischen Imperialismus auch in anderen Regionen der Welt.

Französische Siedler beispielsweise herrschten über Algerien, während Alge-

riern und Algerierinnen der arabischen und Amazigh-Bevölkerung gleiche Rechte vorenthalten blieben.

Es war den britischen Verwaltern jedoch klar, dass die Kolonisten nicht eine ganze Region unterwerfen konnten.

Sie brauchten dazu Verbündete unter arabischen Führern vor Ort, als Puffer zwischen den Kolonialherren und dem Rest der Bevölkerung.

Die Region wurde in machtlose Königreiche aufgeteilt, die von britischen Beratern im Hintergrund regiert wurden. Frankreich, Großbritanniens Kriegsalliiertem und imperialen Rivalen, fielen die übrigen Gebiete zu.

Die arabischen Prinzen, Großkaufleute und Gutsbesitzer, die die neuen Königreiche dominierten, fühlten sich durch Großbritanniens Bund mit dem Zionismus hintergangen und brachten gelegentlich nationalistische Beschwerden vor. Ihr Interesse an der imperialistischen Ordnung war jedoch zu groß, um das Risiko ihres Sturzes einzugehen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieses System imperialer Kontrolle durch eine Welle von Streiks, Protesten und Aufständen in der gesamten Region wegge-



Die Nakba

fegt.

Die Monarchien in Ägypten und Irak wurden durch rebellierende Armeeoffiziere gestürzt. Antikoloniale Revolten vertrieben die Franzosen aus Syrien, Marokko, Tunesien und Algerien.

Die Palästinenser hingegen sahen ihre Hoffnung auf nationale Selbstbefreiung durch die Schaffung des Staates Israel zunichte gemacht.

Die zionistischen Führer schmiedeten Milizen zu einer Armee zehntausender Männer und Frauen zusammen, die die Kontrolle über den größten Teil des historischen Palästinas an sich riss und Hunderttausende Einwohner vertrieb.

Unter Missachtung der Vereinten Nationen, die einen Plan zur Aufteilung des Landes unter Arabern und Juden beschlossen hatten, führten die Zionisten

eine gründliche ethnische Säuberung durch.

Das Aufkommen des palästinensischen Widerstands

Die Gründer:innen Israels hofften, die palästinensische Identität 1948 ein für allemal ausgelöscht zu haben. Sie irrten sich. Während der 1950er Jahre nahm der mühsame Aufbau einer nationalen Befreiungsbewegung in den Flüchtlingslagern und den in der Region verstreuten palästinensischen Gemeinden an Fahrt auf.

Die allermeisten palästinensischen Flüchtlinge hatten eine düstere Zukunft vor sich. Zusammengepfercht in Camps hatten sie zwar Zugang zu den mageren Hilfen der UNO-Agenturen, ihnen wurden allerdings in den meisten Aufnahmeländern politische Rechte systematisch verwehrt.

Wohlhabende Palästinenser oder solche der Mittelschicht waren nicht mit den gleichen Hindernissen konfrontiert. Viele konnten in den Golfstaaten ein neues Leben beginnen und im öffentlichen Dienst, den Medien und Teilen der Industrie Schlüsselstellungen bekleiden. In diesen Kreisen entstand eine neue palästinensische Bewegung.

Die Fatah wurde von Jassir Arafat, einem Ingenieur, und einer kleinen Gruppe seiner Genossen in Kuwait im Jahr 1959 gegründet.

Sie fand Inspiration in den Guerillabewegungen Ostasiens und Lateinamerikas.

Einer ihrer Grundsätze war das Prinzip der »Nichteinmischung«. Mit anderen Worten, Palästinenser sollten sich aus den aufflammenden Kämpfen in den arabischen Ländern, in denen sie lebten und deren Regierungen ihren Widerstand finanzierten, heraushalten.

Fatah wurde zur dominierenden Kraft in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), die von arabischen Regimes 1964 als die offizielle Vertretung des palästinensischen Volks gegründet wurde.

Mit ihrer Offensive im Jahr 1967 vernichtete die israelische Armee die ägyptische Luftwaffe. In nur sechs Tagen übernahm sie die Kontrolle über Gaza, die Westbank, die Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel. Der Erfolg des israelischen Angriffs untergrub das Prestige nationalistischer Führer wie Ägyptens Gamal Abdel Nasser.

Fatah und ihre weiter links stehenden Rivalen wie die Volksfront für die Befreiung Palästinas überlebten den Schock der Niederlage.

Das katastrophale Versagen der konventionellen Armeen gab der Strategie des Guerillakampfes sogar neuen Auftrieb.

Eine Zeitlang konnte die Fatah ein instabiles Gleichgewicht aufrecht erhalten. Sie gewann massive Unterstützung in den Flüchtlingslagern, ohne dabei den Rückhalt des exilierten palästinensischen Kapitals zu verlieren.

Ihre Führer waren daher bestrebt, sich von den internen politischen Kämpfen in den Ländern, in denen sie ihre Basis etabliert hatten, fernzuhalten.

Diese Strategie erlitt ihren ersten entscheidenden Rückschlag in Jordanien im Jahr 1970, als die PLO unfreiwillig in eine Konfrontation mit dem Regime König Husseins verwickelt und schließlich zum Abzug aus dem Land gezwungen wurde. Die PLO versetzte ihren Hauptsitz nach Libanon, wo sie auch dort in den aufkommenden Bürgerkrieg hineingeriet.

Im Jahr 1982 marschierte Israel in den Libanon ein, wo es den mit ihm verbündeten faschistischen falangistischen Milizen Rückendeckung für ihr Massaker an Palästinensern und Palästinenserinnen in den

Lagern von Sabra und Schatila gab. Fatah musste zusammen mit der übrigen PLO-Führung abermals emigrieren, diesmal nach Tunis.

Von den 1950er Jahren bis in die 1980er lag die politische und militärische Initiative bei der palästinensischen Führung im Exil und nicht in den besetzten Gebieten selbst. Im Jahr 1987 entlud sich jedoch die Frustration mit dem miserablen Alltag unter Besetzungsbedingungen in einem für die Israelis, die USA und die PLO-Führung gleichermaßen unerwarteten Aufstand (Intifada).

In der Intifada standen sich Steine werfende Jugendliche und Panzerfahrzeuge



Intifada-Poster 1989

gegenüber. Das sorgfältig kultivierte Image des tapferen israelischen Davids gegen den arabischen Goliath war erschüttert und die Brutalität der Besatzung für alle Welt offenbart.

In den gesamten besetzten Gebieten mobilisierten die Palästinenser zu Demonstrationen und Streiks und schufen Netzwerke von örtlichen Komitees für Gesundheitsversorgung und Bildung. Ihr Mut und Widerstandswille weckten neue Hoffnungen auf einen möglichen Sieg.



Rabin und Arafat reichen sich vor Clinton die Hand

Oslo und danach: das neoliberale Palästina

Geheime Gespräche zwischen israelischen und palästinensischen Unterhändlern mündeten in einer formellen Friedensvereinbarung, die von Jassir Arafat und dem israelischen Premierminister Jitzchak Rabin auf dem Rasen vor dem Weißen Haus im Jahr 1993 unterzeichnet wurde.

Viele Palästinenser und Palästinenserinnen jubelten oder waren zumindest erleichtert: Nach Jahren der Anstrengungen und der Opfer schien realer Fortschritt auf dem Weg zur Gründung eines unabhängigen Staats gemacht worden zu sein. Von den israelischen Behörden verbotene palästinensische Fahnen schmückten überall die Straßen Gazas und der Westbank.

Eine palästinensische Polizei und andere Regierungsbehörden wurden eilig geschaffen und Arafat und die PLO-Führer, die die Bewegung jahrzehntelang aus dem Exil geleitet hatten,

kehrten heim.

Das Osloer Abkommen brachte jedoch keinen Frieden. Zwanzig Jahre nach der Unterzeichnung verurteilte der israelische Historiker Avi Shlaim, der den Friedensprozess im Jahr 1993 noch unterstützt hatte, die bewusste »Arglist« der Führung der Likud-Partei.

Damit verwandelte sie den vielgepriesenen Friedensprozess in eine Farce. Es war sogar schlimmer als eine Farce. Sie gab Israel genau das Alibi, wonach es suchte, um straflos sein illegales und aggressives koloniales Projekt in der Westbank fortfzusetzen. (Avi Shlaim, »It's now clear: the Oslo peace accords were wrecked by Netanyahu's bad faith« *The Guardian*, 12. Sept. 2013, tinyurl.com/guardoslo)

Der palästinensische Akademiker Edward Said war jedoch genauer. Er nannte das Abkommen »ein Instrument palästinensischer Kapitulation«, die die Führung der PLO angenommen hatte, nachdem sie die Gelegenheitstür, die der Volksaufstand der Intifada aufgestoßen hatte, zugeschlagen hatte. (Edward Said, »The Morning After«, *London Review of Books*, 21 Oktober 1993, tinyurl.com/saidoslo)

Die Bedingungen der Vereinbarung



Israels Apartheid-Mauer schlängelt sich durch die Westbank, sperrt palästinensische Communities ein und zerstört ihre Häuser und Felder. Die 6 bis 8 Meter hohe Mauer hat eine Gesamtlänge von 660 Kilometern.

zeigten deutlich, dass es sich um ein Abkommen zwischen zwei gänzlich ungleichen Seiten handelte. Die PLO hatte mit ihrer Anerkennung des Existenzrechts Israels die Legitimität der israelischen Kontrolle über einen Großteil des historischen Palästinas akzeptiert.

Israel hatte seinerseits die PLO – die spätere Palästinensische Autonomiebehörde (PA) – »anerkannt«, fuhr aber damit fort, die internationalen Grenzen der palästinensischen Gebiete und das meiste Land innerhalb dieser Gebiete mit einem sich unablässig ausdehnenden Netzwerk von Siedlungen, Militärzonen und »Naturreservaten« zu kontrollieren (siehe Landkarte auf S. 10).

Das Osloer Abkommen gestaltete die Wirtschaft der besetzten Gebiete zu Israels Vorteil um. Es schuf die Mechanismen, die palästinensische Einrichtungen zu aktiven Partnern im Integrationsprozess der Westbank und Gazas in die israelische Wirtschaft machten.

Diese Mechanismen umfassten die Umwandlung der palästinensischen Arbeitskräfte in eine in den Worten Adam Haniehs »frei verfügbare Arbeiterreservarmee«, eine »Quelle, die abhängig von der wirtschaftlichen und politischen Lage angezapft oder versiegelt werden konnte«. (Adam Hanieh, *Lineages of Revolt: Issues of Contemporary Capitalism in the Middle East*, Haymarket Books, Chicago 2012, S. 109.)

Vor Oslo arbeitete ein Drittel aller Palästinenser und Palästinenserinnen der Westbank und Gazas in Israel. Im Jahr 1996 waren es nur noch 15 Prozent, während die Lohneinkünfte aus dieser Arbeit von 25 des palästinensischen BIP auf nur noch 6 Prozent stürzten.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Sara Roy beleuchtet die leidvolle »Entwicklung« Palästinas infolge der israelischen Strategie, unabhängige palästinensische Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe zu vernichten.



Die Keksfabrik Al-Awda wurde 2014 an vier verschiedenen Tagen 2014 zerbombt

Während der 1990er Jahre schnitten ständige Schließungen der israelisch kontrollierten Grenzen palästinensische Güter von regionalen und internationalen Märkten ab.

Während der Angriffe auf Gaza in den Jahren 2008-9 und 2014 schossen israelische Streitkräfte Rindern und Kamelen in den Kopf, entwurzelten Olivenbäume und radierten mit ihren Raketen Nahrungsmitelfabriken von der Landkarte.

»Dies ist ein Krieg gegen unsere Wirtschaft«, sagte Mohammed al-Telbani, Eigentümer der Al-Awda-Fabrik gegenüber dem *Guardian* im August 2014: »Ich hatte von Null angefangen, verbrachte 45 Jahre meines Lebens damit, dieses Geschäft aufzubauen, und jetzt ist es weg.« (Harriet Sherwood »Gaza counts the cost of war as more than 360 factories destroyed or damaged«, *The Guardian*, 22. August 2014, tinyurl.com/guarddest)

Ein letzter Pflock in der israelischen Wirtschaftsstrategie gegenüber den besetzten Gebieten ist das Werk Salam Fayyads. Dieser ehemalige Beamte des IWF wurde Finanzminister und, nach dem von den USA unterstützten Coup gegen die Einheitsregierung der Hamas im Jahr 2007, Premierminister der Autonomiebehörde.

Der »Fayyadismus« nährte einen durch eine Explosion des Konsums und der Privatverschuldung gespeisten Boom. Ali



Westjordanland und Ostjerusalem 2021

Grenzen

- Staatsgrenze
- Waffenstillstandslinie 1949 (‘Green Line’)

Israelische Sperranlagen

- ferdig gestellt
- in Planung
- Sperranlagen in Hebron
- Agrartor

Kontrollpunkte, Stützpunkte

- Kontrollpunkt, ständig besetzt
- Kontrollpunkt, zeitweilig besetzt
- israelische Militärbasis

Palästinensische Autonomiegebiete

- palästinensisches Selbstverwaltungsgebiet „Gebiet A“
- palästinensisches Selbstverwaltungsgebiet unter Kontrolle des israelischen Militärs „Gebiet B“
- von israelischen Militär verwaltetes „Gebiet C“

Siedlungen im Westjordanland

- palästinensische Siedlungen
- Sitz der Autonomiebehörde (Fatah)
- israelische Siedlungen

- 1 Alfei Menashe
 - 2 Elkana
 - 3 Barkan
 - 4 Alei Zahav
 - 5 Beit Arie-Ofarim
 - 6 Har Adar
 - 7 Giv'at Ze'ev
 - 8 Kfar Adumim
 - 9 Neve Daniel
 - 10 Kiryat Arba
 - 11 Metzadot Yehuda
- A. Altstadt von Jerusalem

Jerusalem

- Ostjerusalem - von Israel beansprucht und seit 1980 annexiert
- Jerusalem einschließlich der östlichen Stadtteile wird von Israel zu seiner vereinigten und unteilbaren Hauptstadt erklärt. Als Hauptstadt eines palästinensischen Staates beanspruchen gemäßigen Palästinenser-Organisationen Ostjerusalem und radikale Palästinenser-Organisationen die gesamte Stadt Jerusalem.

Israel

- Israel
- Siedlungen in Israel

Quelle: West Bank Access Restrictions, United Nations OCHA oPt

Das von Israel zerklüftete und besiedelte Westjordanland

Abunimah, The Battle for Justice in Palestine, Haymarket Books, Chicago 2014, S. 85)

Das verringerte aber nicht im Geringsten die Armut und die Ungleichheit. Im Jahr

2011 konnte in einigen Gegenden inzwischen die Hälfte der palästinensischen Haushalte kaum genügend Nahrung herbei-



Mädchen durchsucht Soldaten an der Mauer

schaffen.

Der palästinensische Aktivist und Schriftsteller Ali Abunimah beschreibt die Entstehung einer neuen palästinensischen Elite im Windschatten des Friedensprozesses, die dank ihrer »symbiotischen Beziehung mit der israelischen Besatzung« Reichtum anhäufen konnte:

Als der ehemalige palästinensische Führer Arafat die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) einrichtete, brachte er eine Entourage von palästinensischen Kapitalisten der Diaspora mit, von denen viele in den Golfstaaten es zu enormen Vermögen gebracht hatten. Bald kontrollierten sie die Kommandohöhen der palästinensischen Wirtschaft. (Ali Abunimah S. 106)

Die Stadt Rawabi beispielsweise, als glänzender Beweis für das Funktionieren der neuen Wirtschaftsdoktrin gehandelt, nahm in Wirklichkeit die israelischen Siedlungsstädte der Zone C zum Vorbild. Um sie zu bauen, vertrieb die PA die palästinensischen Dorfbewohner und Farmer von ihrem Land, während die Baumaterialien in Israel eingekauft wurden.

Zu guter Letzt errichten Israel und die PA Industriezonen und rufen auf zu Investitionen aus den Golfstaaten, aber auch aus anderen Teilen der Welt, um dort vom deregulierten palästinensischen Arbeitsmarkt zu

profitieren. Die Weltbank vermerkt: »Israelische Firmen etablieren Betriebe im palästinensischen Staat, um sich Zugang zu billigen Arbeitskräften zu verschaffen und dann von dort aus in die übrige arabische Welt zu exportieren.« Um sich erleichterten Zugang zum arabischen Markt zu verschaffen, werden die Waren mit dem Label »Made in Palestine« versehen. (tinyurl.com/worldbankpal)

Das Osloer Abkommen steht für den Moment in der Geschichte, als die politische Führung der palästinensischen Bourgeoisie – unter Arafat – zu dem Schluss kam, dass ihren Interessen am besten durch eine Kapitulation vor den Forderungen der dominierenden imperialen Macht in der Region, den USA, und ihrem Stellvertreter vor Ort, Israel, gedient sei.

Damit trat Arafat in die Fußstapfen des ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat, der das erste arabisch-israelische Friedensabkommen im Jahr 1979 schloss.

Wie im Fall Ägyptens waren auch hier militärische und diplomatische Zugeständnisse eng mit der Auferlegung neoliberaler Wirtschaftsmaßnahmen verknüpft.

Die PA ist zu einem Mechanismus für die Bereicherung der Wenigen geworden.

Nach einem globalen Muster schützt sie die Privilegierten, in erster Linie die Gruppe um Arafats willigen Nachfolger Mahmud Abbas, mit einem enorm aufgeblähten, von den USA aufgebauten Sicherheitsapparat.

Sie zeigt sich immer repressiver, wobei die palästinensischen Sicherheitskräfte und die israelische Armee oft als eine Einheit agieren, womit ein lange verfolgtes Ziel israelischer Strategen verwirklicht wird.

Die Krise des palästinensischen Nationalismus nimmt heute klarer als jemals zuvor seit der Entstehung der PLO die Züge einer Klassenfrage an.

In ihren Anfangszeiten hatte die palästi-

nensische Bourgeoisie am Golf noch versucht, die Jugend in den Flüchtlingslagern für ihre Interessen zu mobilisieren, womit sie eine Bewegung initiierte, die sie dann kaum kontrollieren konnte.

Fünfzig Jahre später ist die Bourgeoisie der Westbank durch das Bankwesen, den Handel und Medieninteressen viel enger mit dem internationalen Kapital verflochten und agiert offen und systematisch mit Israel gegen die große Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung.



Der bewaffnete Flügel der Hamas

Gaza: Hamas' Aufstieg zur Macht

Der Aufstieg der Hamas (die Islamische Widerstandsbewegung, Harakat al-Muqawama al-Islamiyya) hängt eng mit dem Osloer Abkommen und Fatahs Verrat am palästinensischen Kampf zusammen. Die Hamas entstand während der ersten Intifada von 1987.

Ihre Wurzeln gehen jedoch auf Gazas islamistische Vereine und Wohltätigkeitsorganisationen zurück, die Aktivisten in den 1970er Jahren unter dem Einfluss der Muslimbruderschaft Ägyptens gründeten.

Während der Jahrzehnte, als Fatah und die linken nationalistischen Strömungen die

Führung der palästinensischen Bewegung dominierten, bauten islamistische Führer wie Scheich Ahmed Jassin ihre Unterstützerbasis auf andere Weise auf.

Sie predigten persönliche Frömmigkeit, versuchten, sich durch Wohltätigkeitsarbeit eine breite Basis zu verschaffen und konkurrierten mit säkularen Nationalisten um die Kontrolle über Berufsverbände. Ihr vorrangiges Ziel war, Palästinenser und Palästinenserinnen für eine »islamische« Lebensführung zu gewinnen.

Die Explosion der Intifada im Dezember 1987 veranlasste eine dramatische Verschiebung in den Taktiken der islamistischen Aktivisten, die nunmehr ihre ganzen Kräfte in die Mobilisierung für den Volksaufstand warfen.

Im Zuge der Intifada fiel die Kritik der islamistischen Bewegung an der Führung der PLO wegen ihrer Kompromisse mit Israel und seinen Unterstützern in den USA immer schärfer aus.

Das Osloer Abkommen hatte die Islamisten zunächst marginalisiert, aber die wachsende Unzufriedenheit der Palästinenser mit dem »Friedensprozess« führte zu wachsender Unterstützung für die Hamas.

Während Grenzschießungen die palästinensische Wirtschaft abwürgten und neue israelische Siedlungen in halsbrecherischer Geschwindigkeit expandierten, schien die Hamas eine alternative Strategie zu jener der Fatah anzubieten.

Als im Jahr 2000 ein erneuter Aufstand ausbrach, und Israel mit brutaler Gewalt reagierte, startete die Hamas eine militärische Offensive gegen die Besatzungsmacht. Der Bewegung nahestehende Selbstmordattentäter griffen weit außerhalb der besetzten Gebiete an, womit sie den Horror von Krieg und Besatzung in das Herz Israels trugen.

Die Militärtaktiken der Hamas waren ein

Ausdruck des enormen zahlen- und ressourcenmäßigen Ungleichgewichts zwischen israelischen und palästinensischen Kräften.

Sie standen auch in der langen Tradition palästinensischer Guerillaaktionen, mit denen Fatah und linke Strömungen der PLO Jahrzehnte zuvor begonnen hatten. Manche Teile der Fatah setzten ihren bewaffneten Kampf gegen Israel ebenfalls fort, aber ihre Dominanz im Sicherheitsapparat der PA schuf einen unmöglichen Widerspruch:

Sollte Fatahs Führung auf die PA und den Machtapparat verzichten, die ihnen das Oslo-Abkommen in die Hand gab, oder aber den Widerstand gegen Israel aufgeben? Sie entschieden sich dafür, den Widerstand aufzugeben und das Schlachtfeld weitgehend der Hamas zu überlassen.

Hamas erwies sich auch als effektive Herausforderin der Fatah bei Wahlen. Sie gewann die Parlamentswahlen von 2006 haushoch und unterbreitete daraufhin sofort das Angebot eines langfristigen Waffenstillstands.

Die Antwort der USA, Israels und Ägyptens war, zusammen mit der Fatah gegen die von Hamas angeführte Einheitsregierung zu konspirieren. Nach einem misslungenen Staatsstreich durch die von der Fatah kontrollierten Sicherheitskräfte in Gaza übernahm Hamas die Kontrolle über den Streifen, nur um mit einer allumfassenden militärischen und wirtschaftlichen Blockade konfrontiert zu werden, die von Israel verhängt und durch Ägypten umgesetzt wurde.

Währenddessen erhöhte die von der Fatah kontrollierte Autonomiebehörde den Druck auf Hamas, weigerte sich, die Löhne von staatlichen Bediensteten in Gaza auszuzahlen und kollidierte mit Israel, um die Stromlieferungen in den Streifen zu kappen.

Die sich verschärfende Konkurrenz auf regionaler Ebene zwischen Saudi Arabien und seinen Verbündeten mit dem Iran und dessen Verbündeten machte die Lage für Hamas nur noch schwieriger.

Katar hatte die Hamas-Regierung mit lebenswichtigen Finanzmitteln unterstützt und deren Exilführung zur Zeit ihres erzwungenen Abzugs aus Syrien im Jahr 2012 aufgenommen.

Aber nun, im Juni 2017, wurde Katar selbst zum Ziel eines wirtschaftlichen und politischen Embargos seitens Saudi Arabiens, als Teil seiner aggressiven Strategie, den Golf zu dominieren und den Einfluss Irans in der gesamten Region zurückzudrängen.

Das Zusammenspiel dieser verschiedenen Zwänge drängte die Hamas zu einem Kompromisskurs. Im Oktober 2017 unterschrieb sie eine »Versöhnungs«-Vereinbarung mit der Fatah.

Dieser unter der Ägide Ägyptens ausgehandelte Deal sah die Schaffung einer Einheitsregierung unter der Leitung der Palästinensischen Autonomiebehörde und allgemeine Wahlen bis spätestens Ende 2018 vor.

Der Ausbruch massiver Protestmärsche direkt an der Grenze zu Israel im März und April 2018 zeugte auf dramatische Weise von der ungebrochenen Bereitschaft der Palästinenser und Palästinenserinnen in Gaza, trotz des inhumanen Drucks durch die Blockade weiter für Gerechtigkeit zu kämpfen.

Zehntausende Demonstrierende versammelten sich an der Grenze, wo sie von der tödlichen Gewalt der israelischen Streitkräfte empfangen wurden. Schwer bewaffnete israelische Scharfschützen erschossen unbewaffnete Protestierende, die lediglich Fahnen hochhielten, und Jugendliche, die ihnen mit Steinwürfen trotzen. Allein am

17. April 2018 fanden mindestens 17 Palästinenser den Tod, während etwa 1.500 verwundet wurden. Am 14. Mai wurden mindestens 60 weitere getötet.

Israels überwältigende militärische Antwort auf die Proteste des »Großen Marschs der Rückkehr« war kein Zufall. Sie ist Teil jener Politik der brutalen kollektiven Bestrafung der Bewohner des Gazastreifens durch die Blockade.

Palästinenser, die sich gegen die Besetzung auflehnen, ob mit militärischen Mitteln oder durch friedliche Proteste, ob unter dem Banner der Hamas oder irgendeiner anderen Organisation, müssen einen hohen Blutzoll zahlen.

Daher, und im Gegensatz zu den Behauptungen israelischer Wortführer oder ihrer Apologeten in westlichen Regierungen, ging es bei der Frage, wer den Gaza kontrolliert, niemals nur um die Hamas. Es geht um das Recht auf Widerstand gegen die Besetzung und das Recht palästinensischer Flüchtlinge auf Rückkehr in ihr gestohlenes Land.

Eine revolutionäre Sicht auf die Hamas

Von Mostafa Omar (Revolutionäre Sozialisten, Ägypten)

Unsere Perspektive war nie, die »islamistischen« Bewegungen verschiedener Länder und zu verschiedenen Zeiten gleichzusetzen.

Vielmehr versuchen wir immer, islamistische Bewegungen im Licht des historischen Kontextes ihrer Entstehung, ihrer sozialen und klassenmäßigen Zusammensetzung und ihrer politischen Ziele zu verstehen.

Wir versuchen stets zu analysieren, ob diese Bewegungen gegen reaktionäre und imperialistische Regimes Widerstand leisten, wenn auch auf eine schwankende oder verzerrte Weise.

Beispielsweise betrachten wir islamistische Bewegungen wie ISIS in Syrien und Irak als



Palästinenserinnen feiern Wahlsieg der Hamas 2006

bis ins Mark reaktionär.

Ihr Rassismus und ihre Verbrechen gegen schiitische Muslime und Christen stehen im Widerspruch zu der Idee, dass die Einheit der Unterdrückten eine wesentliche Voraussetzung für den Widerstand gegen Diktatur und Kolonialismus ist.

Wir meinen, dass solche Bewegungen notwendigerweise den Interessen der diktatorischen Regimes und dem Imperialismus dienen und wir sind aus Prinzip gegen sie.

Wir machen einen Unterschied zwischen ISIS und islamistischen Bewegungen wie die Hamas oder Hisbollah.

Konfrontationen

Die beiden letzteren Bewegungen entstanden im Widerstand gegen Imperialismus und gerieten bei der Verteidigung der legitimen Interessen des palästinensischen und des libanesischen Volks oft in Konflikt mit Zionismus und Imperialismus.

Hamas, die im Zuge der ersten Intifada Ende der 1980er Jahre entstand, fand breite Unterstützung unter Palästinensern wegen ihrer Ablehnung der Zugeständnisse der Fatah und ihrer Kapitulation vor dem zionistischen Feind und den Vereinigten Staaten und wegen ihres militärischen Widerstands gegen den brutalen Angriff auf Gaza.

Wir betrachten die Hamas als Widerstandsbewegung gegen Zionismus und Imperialismus.

Aus dieser Perspektive unterstützen wir die Hamas bedingungslos in ihrem militärischen und nichtmilitärischen Kampf gegen Israel.

Schwächt

Sie schwächt den zionistischen Staat und versetzt die arabischen Regimes und die USA in Panik und stärkt somit das Potenzial für den Klassenkampf in den arabischen Staaten gegen dieses imperialistische System.

Unsere bedingungslose Unterstützung für die Hamas ist jedoch nicht unkritisch, denn wir sind der Meinung, dass die Strategien der



Poster der Fatah 1978

Bewegung im Kampf für die Befreiung Palästinas – wie die von der Fatah und der palästinensischen Linken zuvor verfolgten Strategien – versagt haben und auch in Zukunft versagen werden.

Hamas' Strategie besteht darin, sich mit manchen der arabischen Regime (einschließlich sogar Ägypten bis vor kurzem) und nicht-arabischen Regimes zusammenzutun, die reaktionär sind, ihr eigenes Volk unterdrücken und sich ständig verschwören, um den palästinensischen Kampf zu ersticken.

Katalysator

Diese Regimes sind sich dessen bewusst, dass das Heldenamt und der Widerstandswille der Palästinenser und Palästinenserinnen einen Katalysator für ihr eigenes Volk darstellen, das der natürliche Verbündete der palästinensischen Sache ist und immer bleiben wird. Die Strategie der Hamas, die die Strategie der Fatah und der palästinensischen Linken seit den 1960er Jahren reproduziert, wird Palästina nicht befreien.

Statt sich solidarisch an die Seite der Kämpfe der arabischen Massen zu stellen, die ein Interesse an der Abschaffung von Imperialismus und Zionismus haben, setzt die Hamas auf eine Strategie von Bündnissen mit

Regimen, die willig mit dem Imperialismus und dem Zionismus kooperieren.

Zweitens, und trotz des außerordentlichen Heldenamts der Kämpfer der Hamas, die sich mutig allen israelischen Angriffen unter unmöglichen Bedingungen stellen und damit die Hoffnungen von Millionen Menschen in der ganzen Welt gerade nach der Niederlage des Arabischen Frühlings wieder auflieben lassen, verfolgt die Hamas einen elitären Ansatz in ihrem Umgang mit den palästinensischen Massen.

Werkzeuge

Das ist die Methode, auf die sich zuvor die Fatah und die palästinensische Linke stützten. Sie betrachtet das palästinensische Volk als ein Werkzeug, seine Rolle soll sich darauf beschränken, den bewaffneten Kampf zu unterstützen und der revolutionären Führung zu gehorchen, eine Rolle als aktive Teilnehmer und Teilnehmerinnen in der Entwicklung einer Strategie des Widerstands und in der Entscheidungsfindung ist nicht vorgesehen.

Diese Herangehensweise schwächt langfristig das Potenzial eines Massenwiderstands angesichts eines Feinds, dessen Waffen ständig tödlicher werden.

Aus diesen Gründen ist die Unterstützung revolutionärer Kräfte für die Hamas und den palästinensischen Widerstand zugleich kritisch und bedingungslos.

Mit der gleichen Logik und trotz unserer Unterstützung für die Hisbollah in einer Konfrontation mit Israel, verurteilen wir ihre feindliche Haltung gegenüber den arabischen Revolutionen, indem sie mit Syriens Schlächter Baschar al-Assad zusammensteht.

Unsere Unterstützung für den Widerstand in Palästina ist bedingungslos, weil der palästinensische Kampf gegen den Zionismus dem Imperialismus ein Stachel im Fleisch ist und weil, wie alle kolonisierten Völker, die Palästinenser und Palästinenserinnen allein das Recht haben, über ihr Schicksal zu bestimmen.

Führung

Das schließt ihr Recht ein, über ihre eigene Führung zu bestimmen und die Mittel des Widerstands zu wählen, die sie unter ihren Umständen für angemessen halten.

Unsere Unterstützung ist allerdings nicht kritiklos, weil die Zukunft revolutionärer Veränderung in der arabischen Welt und die Zukunft des palästinensischen Widerstands miteinander organisch verbunden sind.

Verfasst im Juli 2014. Die vollständige Erklärung auf: tinyurl.com/hamas9

2021: Die »Einheitsintifada«

Der Palästinensische Generalstreik im Mai 2021 – die »Einheitsintifada« auf Arabisch – vereinte das gesamte historische Palästina, von den besetzten Gebieten der Westbank und dem Gaza-Streifen bis ins Herzen jener Gebiete, die die zionistische Bewegung an sich gerissen hatte, um den israelischen Staat zu errichten, das Palästina von 1948. Es handelte sich um eine genuine Revolte von unten, ausgerufen durch eine neue Generation von Aktivisten und Aktivistinnen, die Israels Apartheidregime trotzten.

Von Haifa bis nach Ramallah, von Gaza bis Ostjerusalem gingen Palästinenser und Palästinenserinnen auf die Straße und stimmten die gleichen Forderungen an: Stoppt die Bombardierung und Belagerung des Gazastreifens, ein Ende der ethnischen Säuberung palästinensischer Familien aus Ostjerusalem und ein Ende der Gewalt und Anstachlung gegen Palästinenser durch die zionistischen Siedlerbewegungen.

Einer der Motoren dieser neuen Welle des Widerstands war die Verschärfung des Rassismus gegen palästinensische Staatsbürger Israels. Zu der Diskriminierung durch Gesetze kommen zunehmend Überfälle durch rassistische Gangs auf palästi-

nensische Communities im Palästina von 1948. Während des Monats Mai 2021 vernetzten sich zionistische Siedlerbewegungen auf Telegram und WhatsApp, um ihre Überfälle auf palästinensische Wohnhäuser und Geschäfte in Städten wie Lydd und Haifa zu koordinieren.

Palästinenser und Palästinenserinnen in den Gebieten von 1948 organisierten Selbstverteidigung, aber auch Massenproteste und Streiks.

Etwa 1000 palästinensische Busfahrer, die für israelische Unternehmen arbeiten, folgten dem Aufruf, während 65.000 Palästinenser der Westbank von der Arbeit im israelischen Bausektor fernblieben und den israelischen Bossen 40 Millionen Dollar an Verlusten einbrachten.

Zur gleichen Zeit starteten Widerstandskämpfer in Gaza Raketenangriffe auf Israel als Vergeltung für dessen Angriffe auf die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem. Israels Antwort war ein zweiwöchiger Bombenhagel auf die belagerte Enklave.

Die Einheitsintifada war ein bedeutender Schritt hin zur Wiederbelebung der Traditionen des Kampfes von unten, der die Mehrheit der Palästinenser und Palästinenserinnen im ganzen historischen Palästina nach Jahrzehnten der Fragmentierung und Isolierung von einander vereinen konnte.

Israel: Innenansicht eines rassistischen Staats

Die Unterstützer Israels zeichnen gerne das Bild eines demokratischen und aufgeklärten Staats. Aber nicht nur ist der Rassismus gegen Palästinenser in der israelischen Gesellschaft allgegenwärtig, der Staat selbst gründet darauf.

In den letzten Jahren haben bahnbre-



Israeliische Siedler werfen Steine auf palästinensische Einwohner

chende Berichte von Amnesty International, Human Rights Watch und der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem Israel als Apartheidstaat bezeichnet. In ihrem Bericht für das Jahr 2022 schreibt Amnesty:

Im Zuge der Errichtung Israels als jüdischer Staat im Jahr 1948 waren seine Führer für die Massenvertreibung von hunderttausenden Palästinensern und Palästinenserinnen und die Zerstörung von hunderten palästinensischen Dörfern verantwortlich. Das erfüllt den Tatbestand einer ethnischen Säuberung.

Das Ergebnis heute ist eine Gesellschaft, in der beinahe jede staatliche Behörde »in die Durchsetzung eines Apartheidsystems gegen Palästinenser« involviert ist, so Amnesty.

Zentrale Gesetze, die die Staatsangehörigkeit und die Einwanderung nach Israel regeln, stellen Juden über Palästinenser. Neue Gesetze erlauben es, palästinensischen Staatsbürgern Israels – etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung – ihre israelische Staatsangehörigkeit wegen »Illoyalität« gegenüber dem Staat zu entziehen. Und das Nationalstaatsgesetz von 2018 hat das, was seit Jahrzehnten Realität ist, zum Gesetz erhoben, nämlich, dass in Israel nur jüdische Menschen ein Recht auf Selbstbestimmung besitzen.

Palästinensische Bürger und Bürgerinnen Israels, die mit einem oder einer in den

besetzten Gebieten wohnhaften Palästinenser oder Palästinenserin verheiratet sind, können seit 2002 ihren Lebenspartner nicht zu sich nach Israel ziehen lassen.

Palästinenser werden auch auf dem Arbeitsmarkt systematisch diskriminiert und haben oft keinen Zugang zu Jobs, weil sie nicht in der Armee gedient haben.

Die Armutssquote unter der palästinensischen Minderheit ist wesentlich höher als unter der jüdischen Mehrheit. Auf dem Wohnungsmarkt und beim Zugang zu Land grassiert Diskriminierung. Etwa 600 neue jüdische Gemeinden wurden seit 1948 gegründet, aber keine einzige palästinensische.

Die Säuglingssterblichkeitsrate unter Palästinensern, die in Israel leben, ist doppelt so hoch wie bei Juden.

Dieser gesetzliche Rahmen für Diskriminierung wird ständig erweitert. Adalah listete im Jahr 2011 30 rassistische Gesetze auf. Im September 2017 enthielt ihre Datenbasis mittlerweile 65 Gesetze, »die gegen palästinensische Bürger und Bürgerinnen Israels in allen Lebensbereichen diskriminieren«. (Israeli Discriminatory Law Database 2017, tinyurl.com/adalahdis17)

Wachhund des Imperialismus

Israel hat seit 1948 bis 2018 laut der Federation of American Scientists insgesamt 248 Mrd. US Dollar an Hilfen von den USA erhalten. (sgp.fas.org/crs/mideast/RL33222.pdf)

Kein anderes Land hat Hilfen in solcher Höhe von den USA erhalten. Dennoch hat das Verhältnis zwischen dem »Wachhund«



Wahlplakat: Netanjahu Hand in Hand mit Trump

und seinen US-Herren schleichend einige wichtige Veränderungen erfahren.

Diese sind ein Ergebnis sowohl der internen Dynamik der israelischen Wirtschaft und Gesellschaft als auch der Veränderungen im Kräftegleichgewicht in der gesamten Region.

Die militärische Kooperation zwischen den USA und Israel hat sich in den letzten Jahren intensiviert, während die direkte Wirtschaftshilfe, die einst zentral für die Aufrechterhaltung der israelischen Wirtschaft war, abgewickelt wurde. Die Aufrechterhaltung des militärischen Vorsprungs Israels gegenüber seinen Nachbarn ist seit langem ein zentrales Ziel der US-Politik.

So steht in einer Unterrichtung für den Kongress: »Die US-Militärhilfe für Israel verfolgt das Ziel, Israels »Qualitativen Militärischen Vorteil (Qualitative Military Edge – QME) gegenüber den Militärs der Nachbarn aufrechtzuerhalten.«

(sgp.fas.org/crs/mideast/RL33222.pdf)

Hinzu kommt seit 2008 die gesetzliche Verpflichtung, dass die US-Regierung nachweisen muss, dass kein Waffenverkauf an irgendein Land des Nahen Ostens Israel negativ betreffen könnte.

Seit 1999 verabschiedet die US-Regierung alle zehn Jahre Absichtserklärungen (Memoranda of Understanding – MoUs), die die US-Hilfe für Israel regeln. Die erste, noch unter der Regierung Clinton unter-

zeichnet, billigte Israel militärische und wirtschaftliche Hilfen von insgesamt 26,7 Mrd. US-Dollar, davon 21,3 Mrd. in Form von Militärhilfen, zu.

Unter George Bush wurde ein weiteres zehnjähriges MoU in Höhe von 30 Mrd. US-Dollar verabschiedet, während Barack Obama im Jahr 2016 einen weiteren Deal mit Israel unterzeichnete, der Militärhilfen in Höhe von 38 Mrd. US-Dollar für die Geschäftsjahre 2019 bis 2028 versprach.

Diese MoUs unterstreichen, wie trotz Wechsel von Präsidenten und Regierungsparteien die Unterstützung für Israel seit Jahrzehnten einen Grundpfeiler der amerikanischen Außenpolitik bildet.

Vier Jahrzehnte US-Militärhilfe haben Israels Wirtschaft umgeformt und die Rolle des Militärs innerhalb der israelischen Gesellschaft weiter gestärkt.

Israel ist mittlerweile der weltweit zehntgrößte Waffenexporteur. Obwohl die Einwohnerzahl verhältnismäßig winzig ist, summieren sich Israels Waffenexporte seit 1960 auf fast die Hälfte derjenigen Chinas. Seine hochtechnologische Waffenindustrie ist seit zwei Jahrzehnten der Motor seiner Wirtschaft. Sie hat aus einem hoffnungslosen Fall am Tropf der USA in den 1980er Jahren die wohlhabende Industriation von heute gemacht.

Das kann man an dem sich verändernden Verhältnis militärischer zu wirtschaftlicher Hilfe im Lauf der letzten zehn Jahre ablesen. Direkte Wirtschaftshilfen wurden im Jahr 2007 komplett eingestellt, während die Gesamthöhe der Militärhilfe weiter stieg.

Langfristige strategische Investitionen in den Sektor der Militärtechnologie durch die USA seit den 1970er Jahren haben Israel in eine koloniale Garnison, ein militärisches Forschungslabor und eine Elitestreitmacht in einem verwandelt.

Das enge Ineinandergreifen der US-ame-

rikanischen und israelischen Militärindustrien ist in den letzten Jahren offensichtlicher geworden.

Im März 2014 unterzeichneten die USA und Israel eine Vereinbarung über gemeinsame Produktion, die US-Herstellern Zugang zu der Technologie hinter dem Raketenabwehrsystem Iron Dome verschafft. US-Investitionen in Israel fokussieren neuerdings auf Technologien, die in US-Kriegen gegen die »asymmetrische Bedrohung« durch leicht bewaffnete Widerstandsbewegungen Anwendung finden könnten.

Der Aufschwung des militärischen Hochtechnologiesektors hat auch zur Verfestigung von Israels Politik der rassistischen Ausgrenzung beigetragen. Zionisten haben schon immer versucht, Palästinenser aus ihrer Wirtschaft auszuschließen, sogar vor der Schaffung Israels.

In wichtigen Sektoren wie Landwirtschaft und Bau mussten sie allerdings eine große Anzahl von Palästinensern und Palästinenserinnen als billige Arbeitskräfte anheuern.

Die High-Tech-Industrien, die auf eine relativ kleinere und qualifiziertere Arbeiterschaft angewiesen sind, erwiesen sich im Laufe der Zeit als profitabel, auch ohne palästinensische Arbeitskräfte ausbeuten zu müssen.

Daher, auch wenn Israel als Apartheidstaat bezeichnet werden kann, unterscheidet sich doch die Form dieser Apartheid ganz stark von der Erfahrung der südafrikanischen Version von Apartheid.

Der dortige rassistische Staat wurde wesentlich durch die Mobilisierung der schwarzen Arbeiterklasse gestützt. Schwarze Arbeiter und Arbeiterinnen in Südafrika hatten wirtschaftliche Muskeln, die den Palästinensern auf sich allein gestellt fehlen.

Diese Verschiebungen erklären den fort-

währenden Rechtsruck der israelischen Politik.

Israel war von Beginn an ein rassistisches Projekt. Aber die Wirtschaft wurde zunehmend in die Militärwirtschaft der USA integriert.

Das verstärkt ein Gefühl, dass Israel die Palästinenser unterjochen müsse, statt nach Kompromissen mit ihnen zu suchen. Das wiederum stärkt die israelische Rechte, wie es die Erfahrung der Besatzung ohnehin tut.

Donald Trumps Präsidentschaft ab November 2016 hat den Druck auf die Palästinenser erhöht.

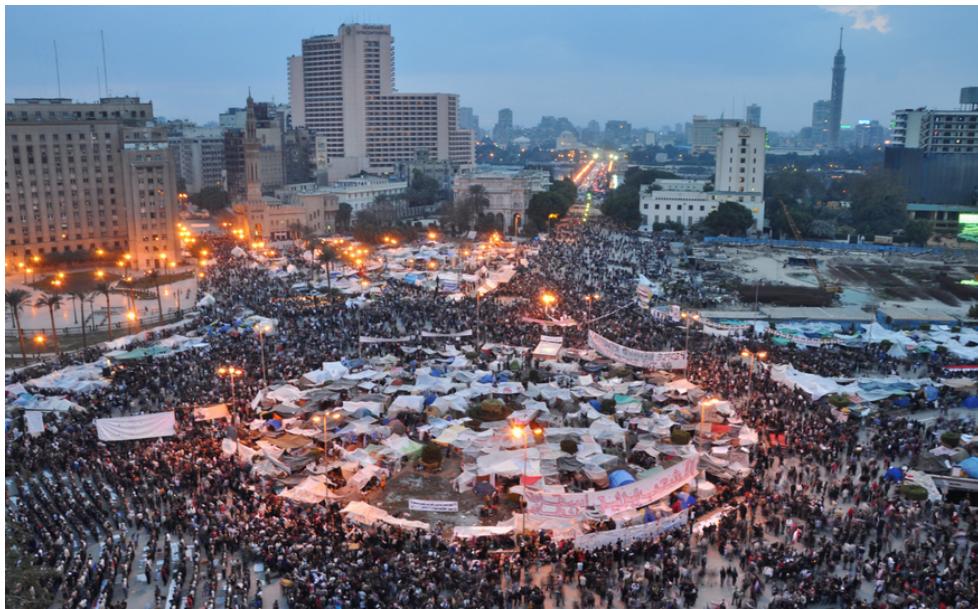
Obwohl die fortlaufenden Erhöhungen US-amerikanischer Finanzierung für Israel einen langfristigen Trend darstellen, der bereits Jahrzehnte vor seiner Wahl begann, hat Trump neue politische Richtlinien verfügt wie beispielsweise die Umsetzung der lange hinausgezögerten Entscheidung, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlagern, und die Einstellung der Zahlungen an die UNO-Körperschaft UNWRA, die palästinensischen Flüchtlingen Wirtschaftshilfe leistet.

Trumps Unterstützung für diese Politik ist teilweise das Ergebnis einer Interessenübereinstimmung zwischen rechten christlichen Kräften in den USA mit rechten zionistischen Kräften sowohl in den USA als auch in Israel.

Manche evangelikale Christen glauben, dass die Schaffung des Staats Israel in der Bibel angekündigt wurde, und Unterstützung für diesen Staat daher eine religiöse Pflicht darstellt.

Das kommt Zionisten sehr entgegen, die jede auch nur symbolische Verurteilung von Israels Landbesetzungen durch internationale Körperschaften wie die UNO oder andere Regierungen unterbinden wollen.

Evangelikale Christen waren ein wichtiger



Massenbesetzung des zentralen Tahrir-Platzes in Kairo Anfang 2011

Teil von Trumps Wählerbasis und manche seiner Großspender für seine Kampagne waren Zionisten, so Casino-Magnat Sheldon Adelson zum Beispiel.

Der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu genießt ebenfalls die Unterstützung Adelsons, der zugleich Eigentümer der größten israelischen Tageszeitung ist.

Es wäre jedoch ein Fehler, Trumps Politik in der Frage Palästina auf seinen verzweifelten Versuch zu reduzieren, seine gut betuchten Spender und seine Wählerbasis zufriedenzustellen. Die Fortsetzung und gar Verschärfung seiner Politik durch seinen Nachfolger Biden zeigt es.

Für die USA ist Israel ein zentraler Faktor in ihrer Maschinerie zur Beherrschung des Nahen Ostens. Israel hilft ihnen, eine strategisch entscheidende und ölreiche Region zu kontrollieren. Die engere gegenseitige Umarmung beider Staaten muss auch im Kontext weiterer Veränderungen in der Region betrachtet werden.

Revolution und Konterrevolution in der arabischen Welt

Die Aufstände, die sich im Jahr 2011 ereigneten, strafen die Behauptung Lügen, wonach Veränderung von unten in der arabischen Welt ein unrealisierbarer Traum sei.

Diktatoren in Tunesien und Ägypten stürzten, nachdem Protestierende die Straßen füllten und Streiks zentrale Wirtschaftssektoren lahmlegten.

Von Bengasi in Libyen bis Manama in Bahrain, von Homs in Syrien bis Sanaa in Jemen stimmten Hunderttausende in den mitreißenden Refrain ein: »Das Volk verlangt den Sturz des Regimes.«

Diese revolutionären Krisen zogen Millionen von Menschen zum ersten Mal in ihrem Leben in politische Aktivitäten. Sie schufen Volkskomitees, organisierten



Protestierende erklimmen die Mauer um die israelische Botschaft in Kairo

Streiks, um die Regimeschergen aus den Betrieben zu schmeißen, gründeten unabhängige Gewerkschaften und riefen Zeitungen und Internetseiten ins Leben.

Religiöse Minderheiten wie die Kopten in Ägypten trugen ihre Forderungen nach Gleichheit und Gerechtigkeit auf die Straßen und neue Bewegungen gegen Frauenunterdrückung blühten auf.

Westliche Kommentatoren waren anfänglich perplex. Journalisten und Akademiker suchten verzweifelt nach Erklärungen. War Facebook die Ursache? Waren die Volksaufstände ein Ausdruck von Sehnsucht nach westlicher Demokratie? Oder riefen die Menschen nach einer neuen islamistischen Ordnung?

Zwei Hauptfaktoren standen hinter der die ganze Region umfassenden revolutionären Krise.

Der erste war die Einführung neoliberaler Maßnahmen in all diesen Ländern. Die Abkehr von staatlicher Wirtschaftslenkung

hatte eine destabilisierende Wirkung auf die nationalistischen Regime, die aus den antikolonialen Rebellionen nach 1945 entstanden waren.

Die meisten dieser Regime boten im Gegenzug für absolute politische Enthaltsamkeit Arbeitsplatzsicherheit, ein Minimum an sozialstaatlicher Fürsorge und die offizielle Übernahme verschiedener antikolonialer Ideologien.

Nach 1970, als die Weltwirtschaft in die Krise schlitterte, stellte die herrschende Klasse fest, dass sogar die minimalen Sozialsysteme des vorangegangenen Jahrzehnts eine Belastung für ihre Profite darstellten. Regierungen in der ganzen Region unterschrieben daher im Gegenzug für IWF-Kredite Strukturanpassungsprogramme und wurden zu Anhängern des Neoliberalismus.

Der zweite wichtige Faktor war die US-Niederlage im Irak. Die Invasion und die Besetzung nach 2003 erwiesen sich als katastrophale Fehlentscheidung dieser Super-

macht.

US-Streitkräfte waren durch jahrelange Kämpfe mit irakischen Aufständischen gebunden und das sektiererische irakische Regime, das sich aus dem Chaos bildete, stand mindestens zu gleichen Teilen unter dem Einfluss des Iran wie unter der Kontrolle durch das Weiße Haus.

Die globale Wirtschaftskrise nach 2008 schmälerte weiter die Verfügbarkeit von Geldern zur Finanzierung weiterer kostspieliger Besetzungen oder zur Stützung der darbenden Wirtschaften der US-Verbündeten. Der relative Niedergang der US-Macht hatte sowohl ihren Verbündeten als auch ihren Feinden neuen Spielraum verschafft, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen, was die zwischenstaatliche Konkurrenz in der Region anfeuerte.

Die Vermischung politischer mit sozialen Forderungen seitens der Massenbewegungen von unten während der arabischen Revolutionen stellte eine enorme Bedrohung für die bestehende herrschende Klasse der Region dar.

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten fanden die Rufe nach mehr Demokratie eine Massenzuhörerschaft unter Millionen von einfachen Menschen, auch unter organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen, die die Hauptlast der neoliberalen Reformen zu tragen hatten.

Es überrascht nicht, wenn die herrschende Klasse des führenden Zentrums der Kapitalakkumulation in der Region, Saudi Arabien, die am meisten durch den Sieg der Revolution zu verlieren hatte, als erste zum konterrevolutionären Gegenschlag ausholte.

Die Führer Saudi Arabiens, mit der Unterstützung einer breiteren Riege der herrschenden Klasse des Golfs, standen im Zentrum einer Strategie des Zurückwerfens der populären Aufstände durch eine

Kombination aus direkter militärischer Unterdrückung und Anstachelung zu sektiererischer Konkurrenz zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen zur Spaltung der Bewegung von unten.

Die Insel Bahrain war der erste Ort, wo diese Strategie getestet wurde. Saudische Truppen marschierten dort auf Einladung einer korrupten und autoritären Monarchie am 16. März 2011 ein, um den sich entfaltenden Volksaufstand niederzuwerfen.

Die saudische herrschende Klasse unterstützte auch mit voller Kraft die Konterrevolution in Ägypten, sie versorgte das Militärregime, das Präsident Mohammed Mursi im Jahr 2013 stürzte und im August jenes Jahres verheerende Massaker an den Muslimbrüdern und ihren Unterstützern verübt hatte, mit massiven Finanzmitteln.

In Syrien wurde die Konterrevolution durch das Assad-Regime selbst angeführt, allerdings mit der Unterstützung durch eine weitere regionale Macht, nämlich den Iran, dessen Einfluss sich über den Irak und Syrien bis nach Libanon erstreckte.

Wie im Golf hat der Kampf um regionale Hegemonie auch in Syrien eine konfessionelle Komponente. Das syrische Regime hat sich stets als Schutzherr nicht-sunnitischer Muslime und anderer religiöser Minderheiten gegen sunnitische islamistische Gruppen präsentiert.

In Wirklichkeit war es die brutale Politik kollektiver Bestrafung jener Gebiete, in denen die Unterstützung für die Revolution stark war, die den größten Faktor für die Wandlung der syrischen Revolution in einen konfessionellen Bürgerkrieg bildete.

Doch die Intervention der Golfstaaten im syrischen Bürgerkrieg durch ihre Unterstützung für die reaktionärsten und sektierischsten sunnitischen islamistischen Gruppen beschleunigte diesen Prozess noch.

Der Kampf der Palästinenser war allgegenwärtig in den arabischen Revolutionen. Protestierende in Tunesien zelebrierten den Fall Ben Alis mit Rufen nach Befreiung Jerusalems. Zehntausende marschierten zur israelischen Botschaft in Kairo im September 2011 und erzwangen ihre Schließung.

In Syrien warfen sich Palästinenser und Palästinenserinnen in den Flüchtlingslagern der Hauptstadt Damaskus in den revolutionären Kampf gegen das Regime und mussten dafür einen schrecklich hohen Preis zahlen, als Assad zur Vergeltung die palästinensischen Stadtteile belagerte.

Die Konterrevolution gab die Initiative zurück in die Hände der Feinde der palästinensischen Befreiung. Das von Al-Sisi angeführte Militärregime in Ägypten verfolgt Palästinenser, die in Ägypten leben, es hat die Hamas dämonisiert und den Belagerungsring um Gaza durch die Sprengung von Tunnels für den Waren schmuggel und die Zerstörung palästinensischer Häuser auf der ägyptischen Seite der Grenze noch enger gezogen.

Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman, der weit und breit als die aufsteigende Macht hinter Riads Thron gesehen wird, hat offen geäußert, dass »Israelis ein Recht auf ihr eigenes Land haben«. Die *New York Times* führt diese neu entdeckte Wärme gegenüber einem Staat, den Saudi Arabien offiziell Jahrzehnte lang verurteilt hatte, auf wirtschaftliche und geopolitische Interessen zurück:

Anstatt in Israel einen Feind zu sehen, betrachtet Prinz Mohammed den jüdischen Staat mittlerweile als ein attraktives regionales wirtschaftliches und technologisches Dreikreuz und auch als potenziellen Partner im kalten Krieg des Königreichs mit dem Iran. Und dazu gehört die Anerkennung von Israels Existenzrecht, vorzugsweise im Rahmen eines Friedensabkommens mit den

Palästinensern. (Ben Hubbard, Saudi Prince says Israelis have right to their own land, *New York Times*, 23. April 2018, tinyurl.com/binsalnyt)

Der Erfolg von BDS und die zionistische Reaktion

Die BDS-Bewegung wurde von palästinensischen zivilgesellschaftlichen Verbänden und Gewerkschaften im Jahr 2005 initiiert. Sie sprach im Namen »der drei untrennbareren Teile des palästinensischen Volks: der palästinensischen Flüchtlinge, der Palästinenser und Palästinenserinnen unter der Besetzung und der palästinensischen Bürger und Bürgerinnen Israels«.

Sie bezeichnet Israel als einen rassistischen Staat – und nicht nur dessen Praktiken in den Besetzten Gebieten. Sie ist eine unabhängige palästinensische Bewegung, die für die Würde der Palästinenser und Palästinenserinnen einsteht und zu internationaler Solidarität mit ihrem Kampf aufruft.

Die Bewegung für internationale Solidarität mit Palästina hat seit 2005 ihren Schwerpunkt von allgemeiner Unterstützung für den palästinensischen Kampf hin zu Interventionen mit dem Ziel, den zionistischen Staat im internationalen Handel, in der Weltpolitik und im globalen Kulturbetrieb zu isolieren, verlegt.

In Wohlfahrtsorganisationen und Gewerkschaften, an Universitäten und Schulen, in Kirchen, Tempeln und Moscheen, auf Aktionärsversammlungen und Stadtratssitzungen wird die Frage gestellt, ob es moralisch zu rechtfertigen ist oder politisch vertretbar, einfach zur Tagesordnung überzugehen und weiter Geschäfte mit jenen Unternehmen und Institutionen

zu tätigen, die die rassistische Politik und die brutale Repression im Herzen des zionistischen Projekts unterstützen oder von ihr profitieren.

Diese neue Strategie wurde als nicht-gewalttätige Alternative zum bewaffneten nationalen Befreiungskampf einerseits und zur Idee eines ausgehandelten Kompromisses mit dem Zionismus andererseits entwickelt.

Während sie für das Recht der Unterdrückten eintritt, als Maßnahme der Selbstverteidigung gegen den Kolonialismus zur Waffe zu greifen, erkannte sie, dass ein direkter militärischer Sieg gegen einen von den USA unterstützten und aggressiven Kolonialismus im 21. Jahrhundert ausgeschlossen ist.

Sie erkannte auch die Notwendigkeit von geeigneten Verhandlungen an, sah aber, dass Verhandlungen mit zionistischen Regierungen aus einer Position der Schwäche heraus nur zu einem Abschluss führen können, der die Mehrheit der Palästinenser und Palästinenserinnen entrechtet und unterdrückt lassen würde.

Die BDS-Bewegung hat einen enormen Beitrag zur Rechtfertigungskrise des Zionismus außerhalb Israels geleistet. Sie erneuert die Selbstverpflichtung zu den Grundprinzipien, die die palästinensische Bewegung seit Jahrzehnten beseelt haben:

- das Recht auf Rückkehr der aus Palästina im Jahr 1948 vertriebenen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen
- das Selbstbestimmungsrecht aller Palästinenser und Palästinenserinnen
- die Ablehnung von Israels »Recht«, als »jüdischer Staat« zu existieren – das heißt als Staat, in dem die Staatsangehörigkeit nach religiösen oder ethnischen Kriterien definiert wird



Gaza-Flotilla-Demo 2010 in Großbritannien

Die Gründungserklärung von BDS ruft »alle rechtschaffenen Menschen auf«, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Organisationen nicht mit israelischen Organisationen zusammenarbeiten oder sich zu Komplizen mit Israels Verbrechen machen, indem sie sich mit israelischen Organisationen assoziieren oder mit ihnen zusammenarbeiten.

Sie fordert Regierungen dazu auf, Sanktionen gegen Israel zu verhängen, und Unternehmen, ihre Investitionen in Israel und sich aus Joint Ventures mit israelischen Firmen zurückzuziehen.

Zentral ist ihre an alle Anhänger von Gerechtigkeit und Gleichheit gerichtete Aufforderung, alle israelischen Organisationen zu boykottieren und für eine Kampagne von Sanktionen und Desinvestitionen und einen Boykott von Waren und Dienstleistungen jener Unternehmen, die nicht desinvestieren wollen und weiterhin von der Unterdrückung des palästinensischen Volks profitieren, einzutreten.

Der Boykott richtet sich nicht allein gegen israelische Waren, die von israelischen Unternehmen illegal in der Westbank produziert werden.

Es geht um universelle Menschenrechte für alle Palästinenser und um die Anerkennung des internationalen Rechts in Bezug auf die Besetzung und das Recht eines vertriebenen Volks auf Rückkehr in seine Heimat. Daher bezieht sich der

Aufruf auf alle israelischen Güter und Dienstleistungen, nicht nur auf die in der Westbank hergestellten.

Die BDS-Bewegung hat in den letzten Jahren einige beachtliche Erfolge erzielt. Sie hat die Unterstützung von großen Gewerkschaften, Stadträten und studentischen Vertretungen gewonnen.

Das Argument für einen aktiven Einsatz gegen den Rassismus, die Diskriminierung und die Gewalt gegen Palästinenser seitens des israelischen Staats führt kein Schattendasein mehr.

Dieser Erfolg hat aber auch eine entschlossene Gegenreaktion hervorgerufen. Die israelische Regierung betrachtet BDS als »strategische Bedrohung« und hat erhebliche Ressourcen in die Mobilisierung gegen die Bewegung gesteckt, wozu Gerichtsverfahren, Diffamierungskampagnen in den Medien und die Einführung neuer gesetzlicher Einreiseverbote nach Israel für BDS-Unterstützer gehören.

Antisemitismus, Antizionismus und die Linke

Eine gegen BDS und die wachsende Unterstützung für palästinensische Rechte gerichtete Taktik, die in jüngsten Jahren von einem Erfolg gekrönt ist, besteht in der Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus.

Israels Selbstbezeichnung als »der jüdische Staat« führt dazu, dass Angriffe auf die israelische Politik oder die Infragestellung des rassistischen Wesens des Staats, der Nichtjuden volle Staatsbürgerrechte verwehrt, als Angriffe auf Juden verstanden werden müssen, so die Haltung der Unter-

stützer Israels.

Das Bild ist weiter dadurch verkompliziert, dass der Antisemitismus in vielen Ländern wächst, vor allem in Osteuropa, wo extrem rechte Parteien, die den Holocaust leugnen oder relativieren und hasserfüllte antisemitische Lügen verbreiten, mittlerweile Massen um sich scharen.

In den USA trug das Wachstum der extremen Rechten zu Trumps Wahlsieg bei, sodass antisemitische Vertreter der »weißen Herrschaft« und Nazis Zugang zu den Machtzentren erhalten. Die Tatsache jedoch, dass Trumps Machtbasis diese Elemente umfasst und deren Wachstum fördert, hat rechte Zionisten nicht davon abgehalten, ihn zu unterstützen.

Sie haben stattdessen ihr Feuer gegen die Linke gerichtet und haben dabei die Unterstützung von Teilen der Medien und der großen Parteien.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für Großbritannien, und sogar Teile der Labour Party. Jeremy Corbys prinzipienfeste Unterstützung für palästinensische Rechte und seine standhafte Opposition gegen den US-amerikanischen und britischen Imperialismus im Nahen Osten haben ihn zu einer besonderen Zielscheibe dieser Kampagne gemacht. Mittlerweile hat die Hetzkampagne gegen ihn und weitere Unterstützer und Unterstützerinnen der palästinensischen Sache zu etlichen Ausschlüssen, Amtsenthebungen und Parteiaustritten auch von vielen jüdischen Parteimitgliedern geführt.

Es ist unverzichtbar, Corbyn und andere, die für palästinensische Rechte eintreten, gegen unbegründete Anschuldigungen des Antisemitismus zu verteidigen.

Es ist nicht antisemitisch, Israels Gewalt gegen Palästinenser zu verurteilen und sein »Existenzrecht« als Staat, der Nichtjuden systematisch gleiche Rechte verweigert,

infrage zu stellen.

Gleichzeitig ist kein Platz in einer Bewegung für palästinensische Rechte für irgendjemanden, der antisemitischen Hass verbreitet oder Juden als Juden für die Besatzung verantwortlich macht.

Überall, wo der Rassismus erstarkt, welche Gestalt auch immer er annimmt, werden Sozialisten und Sozialistinnen eine zentrale Rolle im Aufbau von Bewegungen dagegen spielen.

Wie können die Palästinenser und Palästinenserinnen ihr Ziel erreichen?

Dreißig Jahre nach dem Osloer Abkommen ist es klar, dass die Entstehung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels eine Fantasie ist.

Der »Staat«, der im Zuge der Kolonisierung entstanden ist, ist ein verschrumpelter Wrack. Meron Benvenisti, einer der sehr wenigen früheren zionistischen Führer, die von den Folgen dieser Strategie angewidert sind, sah voraus, was diese eigenständige »Staatlichkeit« sein würde:

... begrenzt durch die Höhe ihrer Wohngebäude und die Tiefe ihrer Gräber. Der Luftraum und die Wasserressourcen werden unter israelischer Kontrolle verbleiben.

Hubschrauberpatrouillen, die Radiowellen, die Hände an den Wasserpumpen und elektrischen Schaltern, die Einwohnerregistrierung und die Herausgabe von Identitätskarten und Zu- und Austrittspässen werden (direkt oder indirekt) durch die Israelis kontrolliert werden.

Diese lächerliche Karikatur eines palästinensischen Staats, geköpft und ohne Füße, ohne Zukunft oder Entwicklungsperspektive, wird als

Erfüllung des Ziels von Symmetrie und Gleichheit im alten Slogan »Zwei Staaten für zwei Völker« dargestellt. (United We Stand, Ha'aretz, 19. Januar 2010; in: Ali Abunimah, The Battle for Justice in Palestine, Chicago, Haymarket, 2014, S. 47)

Doch wenn das Osloer Abkommen durch die Gewährung einiger Zugeständnisse an palästinensische Forderungen nach Rückkehrrecht für Flüchtlinge, eine gemeinsame Verwaltung über Jerusalem und eine Auflösung der israelischer Siedlungen in der Westbank und Gaza einen lebensfähigen palästinensischen Staat hervorgebracht hätte, wäre damit Gerechtigkeit hergestellt?

Die Antwort muss Nein heißen. Eine solche Lösung würde nicht das historische Verbrechen beseitigen, auf dem Israels Existenz gründet: seine ethnische Säuberung von 750.000 Palästinensern und Palästinenserinnen im Jahr 1948.

Damit bliebe auch ein rassistischer, kolonialer und durch die USA bis an die Zähne bewaffneter Staat bestehen, der als permanente Bedrohung nicht nur für die Palästinenser, sondern für die Region als ganze handeln würde.

Daher die Forderung wichtiger palästinensischer Aktivisten nach einem gemeinsamen, säkularen und demokratischen Staat auf der Grundlage gleicher Rechte für alle seine Bürger einschließlich israelischer Juden.

Wie Omar Barghouti, ein Gründungsmitglied der BDS-Bewegung, argumentiert:

Koloniale Siedler als gleichberechtigte Bürger und Partner im vollen Sinn bei Aufbau und Entwicklung einer neuen, gemeinsamen Gesellschaft, frei von jeglicher kolonialen Unterjochung und Diskriminierung, wie sie das demokratische Staatsmodell fordert, ist das großmütigste Angebot, das eine indigene Bevölkerung nach Jahrzehnten der Unterdrückung an ihre Unterdrücker machen kann. (Omar Barghouti, »Re-imagining Palestine«, Znet, 29. Juli 2009, tinyurl.com/bargimagine)

Wie kann ein solcher Staat geschaffen werden? Die Aussicht, dass ein bewaffneter Kampf ausreichen könnte, um dieses Ziel zu erreichen, ist verschwindend gering. Auch der couragierte bewaffnete Widerstand der Hamas und anderer palästinensischer Fraktionen kann die zionistische Kriegsmaschine nicht bezwingen. Und die arabischen Regimes sind ihrerseits integraler Bestandteil des imperialistischen Systems in der Region und können und werden das israelische Militär nicht konfrontieren.

Die Schaffung Israels machte aus den Palästinensern eine unterdrückte Minderheit in der eigenen Heimat. Mit der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge wäre der Weg frei für eine demokratische Entscheidung über Palästinas Zukunft mit den Mitteln eines einfachen Referendums auf der Basis von einer Stimme für jede Person.

Die Frage der Selbstbestimmung ist ebenfalls zentral. Palästinenser und Palästinenserinnen sind nicht Verhandlungsmasse in einem diplomatischen oder kriegerischen Gerangel, sondern Entscheidungsträger, deren Handeln die Zukunft ihres Landes entscheiden wird.

Sie haben das Recht, bei der Verfolgung dieses Ziels zur Waffe zu greifen, und das Recht zu entscheiden, wer in ihrem Namen kämpft und spricht.

Palästinensische Bewegungen, die die demokratische Tradition des populären Protests, massenhaften zivilen Ungehorsams und Streiks wiederbeleben, sind eine ernsthafte Bedrohung für das israelische Projekt.

Diese Art von Bewegungen bauen eine direkte Brücke zwischen dem Kampf der Palästinenser innerhalb der im Jahr 1948 durch brutale und bewaffnete Eroberung von Israel angeeigneten Territorien mit dem ihrer Brüder und Schwestern in der Westbank und Gaza, und darüber hinaus mit

dem palästinensischer Flüchtlinge außerhalb der historischen Grenzen Palästinas.

Das Osloer Abkommen, der fortgesetzte Landraub für die Siedlungen und die riesige Betonmauer, die Israel durch die Westbank gezogen hat, waren alle konzipiert, um eine Wiederholung von Revolten von unten zu verhindern. Israelische Anstrengungen, solche Ausbrüche zu unterbinden, waren jedoch selten lange erfolgreich.

Nichtsdestotrotz wird der Kampf der Palästinenser und Palästinenserinnen auf sich allein gestellt, und sogar zusammen mit der wachsenden weltweiten Solidaritätsbewegung, nicht ausreichen, um Gerechtigkeit zu erkämpfen.

Die Unterdrückung der Palästinenser ist ein Eckpfeiler des Systems des Imperialismus in Nahost, eines Systems, das sich auf die arabischen Regimes genauso wie auf Israel stützt.

Das ist der Grund, warum sich der palästinensische Kampf mit dem Aufbau unabhängiger revolutionärer Bewegungen gegen die arabischen Regimes verbinden muss.

Für Aktivisten und Aktivistinnen in der Region ist das keine neue Vorstellung. Sie ist Teil ihrer gemeinsamen Erfahrung in der Periode vor den Revolutionen von 2011.

Die revolutionäre Welle von 2011 legte allerdings einige Schwächen bloß, in erster Linie die mangelhafte Verwurzelung von Revolutionären in Betrieben und armen Stadtteilen.

Eine entscheidende Frage für arabische revolutionäre Aktivisten ist, ob die Solidarität mit Palästina zu einer Schlüsselforderung von unabhängigen Arbeiterbewegungen in der arabischen Welt wird.

Die Wiederentstehung einer solchen Bewegung würde israelische Arbeiter und Arbeiterinnen vor neue und andere Fragen stellen.



Zur deutschen Staatsräson gehört auch die gesetzeswidrige Drangsalierung von Solidaritätsdemos mit Palästina, wie hier in Frankfurt am Nakba-Tag 2021

Wir hatten einen kleinen Einblick in die politischen und sozialen Widersprüche unter israelischen Juden bekommen, als die Revolutionen in der arabischen Welt massive soziale Proteste innerhalb Israels inspirierten.

Auf sich allein gestellt konnten diese Proteste nicht die Herrschaft der rassistischen zionistischen Siedlerideologie über das Bewusstsein jüdischer Arbeiter in Israel brechen.

Aber sie zeigten, wie sogar nur teilweise erfolgreiche revolutionäre Aufstände Klassenwidersprüche innerhalb der israelischen Gesellschaft enthüllen können.

Als revolutionäre Sozialisten und Sozialistinnen verstehen wir, dass der Kampf für »einen Staat« in Palästina wahrscheinlich nicht ohne revolutionäre Umwälzung der gesamten Region erfolgreich sein kann.

Wir wollen, dass der Kampf für nationale Befreiung in einen Kampf für den Sozialismus übergeht, und sich nicht auf den Sturz von Diktaturen und kolonialer Besetzung beschränkt. Das Ziel muss die Abschaffung des kapitalistischen Systems sein, auf dem diese Unterdrückungsmechanismen beruhen.

In diesem Kampf wird die organisierte Arbeiterklasse eine entscheidende Rolle spielen. Ihre Kampfmethoden sind Streiks, Massenproteste und ziviler Ungehorsam –

Mobilisierungen, die die breitesten und demokratischsten Formen der Beteiligung einschließen.

Der Ausgang wird nicht hinter verschlossenen Türen von Diplomaten oder Generälen (auch nicht von denen des Widerstands) entschieden.

Nichts davon wird einfach sein. Die Konterrevolution ist in der gesamten Region präsent.

Es ist ein mühseliger Kampf, in ägyptischen Betrieben Unterstützung für die palästinensische Sache zu gewinnen, während das Militärregime eine rücksichtslose Kampagne der Dämonisierung von Hamas führt. Aber die Belohnung für einen Sieg in diesem Kampf wird riesig sein.

Es wird nicht einfach sein, junge Menschen, die unter der Besetzung leben, davon zu überzeugen, jenen nicht zu trauen, die die Bewegung seit Jahrzehnten anführen, sondern vielmehr auf die eigene Widerständigkeit und Mut zu setzen.

Auch wenn es schwierig ist, gibt es Palästinenser und Palästinenserinnen, die heute dafür eintreten.

Denjenigen unter uns, die sich außerhalb der Region befinden, fällt ebenfalls eine entscheidende Rolle zu. Israel schickt Dronen, die in Großbritannien oder mit deutscher Beteiligung hergestellt wurden, um Kinder in Gaza zu töten. Die Konzerne, die aus der Besetzung Profit schlagen, sind an unseren Schulen, Universitäten und örtlichen Behörden präsent.

Jeder Schlag, den wir dem britischen Staat und der britischen herrschenden Klasse und anderen westlichen Mächten versetzen, unter denen Deutschland eine führende Rolle innehat, untergräbt die Stabilität des Imperialismus in Nahost.

Der Aufbau einer internationalistischen revolutionären Strömung war noch nie so dringlich wie heute. Wenn du auch dieser

Meinung bist, dann ist es jetzt Zeit, dich uns anzuschließen.

Die deutsche Staatsräson

Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. (Die damalige Bundeskanzlerin Merkel vor dem israelischen Parlament im Jahr 2008)

Mit der »deutschen Staatsräson« sind einige handfeste Tatsachen verknüpft.

So schloss Deutschland Anfang 2022 einen Vertrag mit Israel über die Lieferung von drei weiteren mit atomwaffenfähigen Marschflugkörpern bestückten U-Booten im Wert von 3 Milliarden Euro, wobei der deutsche Staat ein Drittel der Kosten übernimmt. Zuvor hatte Deutschland bereits sechs U-Boote geliefert.

Die militärische Zusammenarbeit mit Israel hat eine jahrzehntelange Tradition.

Schon 1956, kurz nach der Wiederbewaffnung Deutschlands, erhielt Israel zwei Patrouillenboote. Von 1962 bis 1965 fanden geheime Lieferungen der Bundesrepublik an Israel von Rüstungsgütern statt, die Kampfpanzer, Hubschrauber, Flugzeuge, Panzerabwehrkanonen und Kraftfahrzeuge im Wert von 334 Millionen DM umfassten. Shimon Peres, damals stellvertretender Verteidigungsminister, kommentierte das wie folgt: »Die Qualität war ausgezeichnet und der Umfang beträchtlich – im Vergleich zu dem, was wir gewohnt waren ... Zum ersten Mal fühlte sich die ärmliche israelische Armee, die mit ihren kargen Beständen aufs äußerste hatte knausern müssen, fast verwöhnt.« Im Gegenzug lieferte Israel Munition, Uniformen und die Uzi-Maschinenpistole an die Bundeswehr und

teilte mit der BRD Ergebnisse der Erforschung erbeuteter Waffensysteme.

In den 1970er-Jahren entwickelte Israel im Auftrag der deutschen Luftwaffe das Tarnsystem TSPJ, mit dem die Luftwaffen beider Länder ausgestattet wurden. Die Spezialeinheiten Sayeret Matkal und YAMAM dienten als Orientierung beim Aufbau der GSG9.

Die »Pegasus«-Software, entwickelt vom israelischen Unternehmen NSO Group, wird weltweit verwendet, um kritische Journalisten und Menschenrechtsaktivisten auszuspionieren.

Das sind nur einige Beispiele.

Zur Zeit werben führende deutsche Politiker damit, dass ihre Politik humaner als die von Putin sei. Baerbock etwa spricht von einer »wertorientierten Außenpolitik«. Das auswärtige Amt behauptet, Deutschland setze sich »weltweit beharrlich für die Menschenrechte ein«. Das ist Heuchelei.

Unterstützung für den palästinensischen Befreiungskampf ist ein notwendiger Bestandteil des internationalen Kampfs gegen den Imperialismus und die wachsende Gefahr sogar eines dritten Weltkriegs.

Ist Solidarität in Deutschland möglich?

Die Palästinasolidaritätsbewegung in Deutschland, oft als wenig aussichtsreich betrachtet, erlebt einen Aufschwung. 2014 protestierten in Berlin 1.500 Menschen gegen die Bombardierung des Gazastreifens durch die israelische Armee, 2021 waren es 15.000. Junge Palästinenserinnen und Palästinenser erheben ihre Stimmen und organisieren sich in Gruppen wie »Palästina Spricht«. Der Staat antwortet mit Repression, wie am Nakba-Tag 2022 in Berlin und

nochmals 2023. Doch die Demonstrationsverbote hielten Aktivist:innen nicht davon ab, trotzdem zum Hermannplatz zu kommen und ein Zeichen zu setzen. Die Polizeigewalt wurde international wahrgenommen: Aktivist:innen der Palestine Solidarity Campaign South Africa versammelten sich vor dem deutschen Konsulat und prangerten die deutsche Unterstützung für die Verbrechen Israels an.

Die Raum- und Demonstrationsverbote sind ein Ausdruck von Verzweiflung. Die Herrschenden fürchten die wachsende Solidarität mit dem Palästinensischen Befreiungskampf.

From the River to the Sea ...

Neuerdings wird die Forderung: »From the River to the Sea, Palestine will be Free!« als Vorwand genommen, Demonstrationen zu verbieten, Teilnehmer und Teilnehmerinnen – auch antizionistische Juden – brutalst zusammenzuschlagen, zu verhaften und wegen »Antisemitismus« anzuklagen.

Die Forderung bedeutet aber nichts anderes als Freiheit von Besatzung und Unterdrückung für die Palästinenser und Palästinenserinnen auf dem ganzen Gebiet des historischen Palästinas. Sie bedeutet nicht die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung.

Wie Engels sagte: »Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren. Die Macht, deren es zur Unterdrückung der anderen bedarf, wendet sich schließlich immer gegen es selbst.« Somit kämpfen die Palästinenser nicht nur für die eigene Befreiung, sondern für die Befreiung aller Einwohner des historischen Palästinas, einschließlich der jüdischen. Dieser Kampf verdient unsere tatkräftige Solidarität.



Protest vor dem deutschen Generalkonsulat in Kapstadt gegen das Verbot der Nakba-Demonstration in Berlin 2022

Wer den Palästinensischen Befreiungskampf unterstützt, wird nicht nur mit geradewegs ablehnenden Antworten konfrontiert. Oft wird entgegengehalten, dass das Gesagte zwar in der Sache richtig sei, aber so in der Öffentlichkeit nicht gesagt werden könne. Sonst würde man sich isolieren. Das ignoriert die beachtlichen Erfolge der Palästina-Solidaritätsbewegung.

Basierend auf der Bundestagsresolution von 2019, die forderte, dass unter anderem Städte, Länder und Gemeinden BDS nicht fördern, versuchte die Stadt München, BDS dauerhaft öffentliche Räume zu verwehren. Das Bundesverwaltungsgericht urteilte dagegen und stellte fest, dass der Beschluss gegen die Meinungsfreiheit verstößt. Im November 2019 drohte die Stadt Frankfurt mit Streichung der städtischen Subventionen für den traditionsreichen Club Voltaire wegen der geplanten Veranstaltung »Meinungsfreiheit statt Zensur« mit Micha Brumlik. Die Veranstaltung fand statt und die Subventionen blieben.

Diese Erfolge zeigen: Wir sollten auch in dieser Frage dem Ausspruch von Rosa Luxemburg folgen und sagen, was ist.

Das erfordert, sich zielstrebig zu informieren, beispielsweise über die internationale Solidarität. Es ist kein Zufall, dass

im irischen Parlament Stimmen laut werden gegen die Bombardierung Gazas seit dem 7. Oktober 2023. Irland hat unter 400 Jahren Kolonialismus gelitten und ist, trotz blühender Hightech-Industrie, heute noch das Armenhaus Europas. Sie wissen, was Kolonialismus ist.

Ihr wollt aktiv werden? Dann organisiert euch in einer der zahlreichen Palästina-Solidaritätsgruppen!

Literatur

- Alexander, A. and Rose, J. *The Nakba: why Israel's Birth was Palestine's Catastrophe*, Bookmarks
- Abunimah, A. *The Battle for Justice in Palestine*, Haymarket Books
- Barghouti, O. *BDS: Boycott, Divestment, Sanctions – the Global Struggle for Palestinian Rights*, Haymarket Books
- Berry, M. and Philo, G. *Israel and Palestine – Competing Histories*, Pluto Press
- Ellis, M. *Israel and Palestine – Out of the Ashes: The Search for Jewish Identity in the Twenty-First Century*, Pluto Press
- Harms, G. and Ferry, T. *The Palestine-Israel Conflict: A Basic Introduction*, Pluto Press
- Hever, S. *The Political Economy of Israel's Occupation: Repression Beyond Occupation*, Pluto Press
- Karmi, G. *In Search of Fatima*, Verso Books
- Karmi, G. *Married to Another Man: Israel's Dilemma in Palestine*, Pluto Press
- Khalidi, R. *Palestinian Identity: the Construction of Modern National Consciousness*, Columbia University Press
- King, N. *Education under Occupation... Learning to Improvise, Discovery Analytical Resourcing*
- Nathan, S. *The Other Side of Israel: My Journey Across the Jewish/Arab Divide*, Harper Perennial
- Pappé, I. *The Ethnic Cleansing of Palestine*, Oneworld Publications
- Pappé, I. *A History of Modern Palestine: One Land/ Two Peoples*, Cambridge University Press

- Piterberg, G. *The Returns of Zionism: Myths, Politics and Scholarship in Israel*, Verso Books
- Rose, J. *The Myths of Zionism*, Pluto Press
- Rose, Jacqueline. *The Question of Zion*, Princeton University Press
- Sand, S. *The Invention of the Jewish People*, Verso Books
- Shlaim, A. *The Iron Wall: Israel and the Arab World*, Penguin
- Shlaim, A. *Israel and Palestine: Reappraisals, Revisions, Refutations*, Verso Books
- Weizman, E. *Hollow Land: Israel's Architecture of Occupation*, Verso Books

Websites

- Middle East Eye: <https://www.middleeasteye.net/>
- Palestine Solidarity Campaign: palestinecampaign.org
- Electronic Intifada electronicintifada.net
- Socialist Workers Party (Herausgeberin der Broschüre): swp.org.uk
- Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost: <https://www.juedische-stimme.de/>
- Jews for Justice for Palestinians jfjf.com
- BDS National Committee in Palestine: bdsmovement.net
- Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel: bdsmovement.net/pacbi
- British Committee for the Universities of Palestine bricup.org.uk
- Rose, John, Israel, der gekaperte Staat: fotoshot.co/israel.pdf



5000 Menschen protestierten am Nakba-Tag im Mai 2021 in Frankfurt

Diese Broschüre fasst die zentralen Argumente für eine aktive Solidarität mit der palästinensischen Befreiungsbewegung zusammen.

Ihre fortdauernde Unterdrückung geht auf die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zurück, als Palästina unter britische Herrschaft geriet, und hat seit der Gründung des Staats Israel im Jahr 1948 stets zugenommen.

Es gibt erschreckende rassistische Unterdrückung in vielen Staaten dieser Welt. Israel spielt aber eine besondere Rolle in Nahost und darüber hinaus als wichtigster Empfänger und Lieferant hochmoderner Waffen aus und in alle Welt – es ist ein wesentlicher Bestandteil des westlichen Imperialismus. Somit ist die Solidarität mit Palästina auch Teil des Kampfes gegen eine imperialistische Weltordnung.



2 €